

Die Impfpflicht ist das letzte Mittel

Für den Landtag gilt: 3G am Arbeitsplatz und obligatorische Spucktests wären angebracht, eine Impfpflicht aber noch nicht.

Elias Quaderer

Kaum ein Thema polarisiert so stark wie die Frage, ob eine Impfpflicht gegen das Coronavirus einzuführen ist. Galt bisher in den Staaten Europas der Grundsatz, dass die Impfung freiwillig sein sollte, wollen nun Österreich und Deutschland eine Pflicht im Frühjahr 2022 einführen. In Liechtenstein war die Impfpflicht bisher kaum Thema. Doch für die Freie Liste ist angesichts stetig neuer Fallzahlen-Rekorde und weiterhin niedriger Impfquote die Zeit reif dafür, dass auch im Landtag die Pflicht diskutiert wird. Darum erklärte die Fraktion vergangene Woche, sie verzichte auf die aktuelle Stunde, um stattdessen im Rahmen des Coronatraktandums ein Stimmungsbild der Abgeordneten zur Impfpflicht abzuholen.

Der Tenor der gestrigen Debatte lautete: Die Impfpflicht ist momentan noch nicht angebracht, sollte aber als letztes Mittel nicht ausgeschlossen werden. So meinte der VU-Mandatar Peter Frick im Sinne vieler: «Ich bin aktuell nicht der Meinung, dass wir eine Impfpflicht umsetzen müssen, und kann aktuell auch nicht dahinterstehen. Sollte sich aber eine Impfpflicht als einzig übrigge-



Bühler-Nigsch (VU) hat genug von der «unsolidarische Minderheit der Ungeimpften». Bild: D. Schwendener

bliebener Weg aus der Pandemie herausstellen, werde ich diese befürworten.»

«Vor Lockdown ist eine Impfpflicht aufzugleisen»

Als klare Befürworterin der Impfpflicht gab sich die stellvertretende FBP-Abgeordnete Elke

Kindle zu erkennen: «Wenn das Impfen der Weg aus der Pandemie ist, dann sollten wir ihn gehen.» Georg Kaufmann (FL) unterstrich gleichfalls, dass es gegen einen weiteren Lockdown nur ein Mittel gebe: «Impfen, impfen, impfen!» Und auch der FBP-Abgeordnete Wendelin

Lampert liess an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: «Vor dem nächsten Lockdown ist eine Impfpflicht aufzugleisen – und zwar mit einem Gesetz und einer Volksabstimmung.»

Die VU-Abgeordnete Dagmar Bühler-Nigsch erklärte, dass ihre innere Überzeugung

zwar gegen eine Impfpflicht spreche. Aber «je länger ich darüber nachdenke, kann ich einer Impfpflicht etwas Positives abgewinnen». Allerdings sprach sich Bühler-Nigsch primär dafür aus, für die «unsolidarische Minderheit der Ungeimpften» die Situation «ungemütlicher» zu machen. Beispielsweise mit der 2G-Regel. Denn Liechtenstein habe sich lange Zeit grosszügig gegenüber den Ungeimpften gezeigt. Was dies gebracht habe, «das sehen wir bei den Kundgebungen auf den Peter-Kaiser-Platz.»

«Preisschild» für unsolidarisches Verhalten

Den Ansatz «keine Impfpflicht, aber höherer Impfdruck» teilte eine Vielzahl der Abgeordneten. So machten sich mehrere Mandatäre stark für eine 2G-Pflicht oder eine 3G-Pflicht am Arbeitsplatz. Auch der Vorschlag, die PCR-Spucktests in den Schulen und Betrieben für obligatorisch zu erklären, fand rege Unterstützung. Die FBP-Abgeordnete Karin Zech-Hoop regte an, dass die Konsequenzen von unsolidarischem Verhalten ein «Preisschild» erhalten sollen. Aus ihrer Sicht müsse die Allgemeinheit die Wahlfreiheit des Individuums, sich impfen zu lassen oder nicht, gewähren. «Aber sie

muss die Wahlfreiheit nicht vollständig finanzieren.»

Rechtsordnung kennt keine allgemeine Impfpflicht

Deutlich gegen eine Impfpflicht äusserte sich die FL-Stellvertreterin Sandra Fausch. Bereits bei einer 2G-Pflicht sieht sie ein Problem, weil gewisse Personen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Die VU-Abgeordnete Gunilla Marxer-Kranz bemängelte, dass es für eine Impfpflicht keine rechtliche Grundlage gebe. In dasselbe Horn blies auch ihr Fraktionskollege Manfred Kaufmann. Nach seiner Sicht könne aufgrund der gesetzlichen Grundlagen die Diskussion über die Impfpflicht nur hypothetischer Natur sein. Regierungsrat Manuel Frick führte dazu aus, dass in der jetzigen Rechtsordnung eine allgemeine Impfpflicht nicht vorgesehen sei. Laut Epidemiegesetz ist aber ein Impfbefehl für besonders gefährdete Gruppen möglich. Genauso können Spitäler über das Arbeitsrecht eine Impfpflicht für ihr Personal erlassen.

Übrigens: Im Landtag selbst waren gestern alle Abgeordneten geimpft – bis auf eine Ausnahme. Laut Landtagspräsident liegt bei der ungeimpften Person ein negatives Testergebnis vor.

Vorbildfunktion des Staats beim Thema Klima

Landtag überreicht «grünes» Postulat der FBP an die Regierung.

Mit 20 Stimmen wurde das Postulat zur «Vorbildfunktion des Staates im Bereich Klima und Energie» der Regierung übergeben. Die FBP-Fraktion will mit diesem Vorstoss erreichen, dass alle Staatsbauten klimaneutral werden. Konkret wollen «die Schwarzen» die Regierung einladen, die Energieeffizienz dieser Bauten und diese im Sinne der Kreislaufwirtschaft zu prüfen. «Dabei soll nicht nur die Einsparung, sondern auch die Gewinnung und Speicherung von Energie berücksichtigt werden», sagte Nadine Vogelsang (FBP). Die fünf Gegenstimmen stammten von der VU.

Den Nutzen teilweise infrage gestellt

Bei den weiteren Parteien fand die Petition Zustimmung. Die FL-Fraktion bedankte sich in ihren Wortmeldungen bei der FBP, dass sie ein «grünes» Thema aufgegriffen hätten. Doch machten vor allem VU-Abgeordneten darauf aufmerksam, dass viele der geforderten Punkte bereits in Bearbeitung und in Projekten, die bereits im Gange sind, abgedeckt seien. Sie stellten somit den Nutzen des Postulats infrage. So sagte Dagmar Bühler-Nigsch: «Eine Postulatsbeantwortung, gerade in dem hier geforderten Detaillie-

rungsgrad, beansprucht viel Personalressourcen bei den zuständigen Ämtern. Also wertvolle Zeit, die für die Weiterentwicklung und Erfüllung der Projekte sinnvoll genutzt werden könnte.»

Momentan wird Landesverwaltung geprüft

Auch aus Sicht der Regierung wird bereits so manches getan. Vogelsang fragte in ihrem Votum, ob der Staat bereits Musterschülerin sei oder noch Hausaufgaben zu machen habe? Regierungschef Daniel Risch antwortete: «Diese Frage ist despektierlich. Aber Sie sind entschuldigt, weil Sie in der letzten Legislaturperiode nicht da waren.»

Risch erklärte, dass das Thema Nachhaltigkeit bewusst einen zentralen Punkt im Regierungsprogramm einnehme. Aktuell werde die gesamte Landesverwaltung auf mögliche Ansätze für die Klimaneutralität überprüft. «Somit ist dieses Postulat eine gutgemeinte Zusatzschleife, um diesem Thema vonseiten des Landtags Nachdruck zu verleihen», so Risch.

Dass der Antrag dennoch von Nutzen sei, davon ist ebenso Manuela Haldner-Schierscher (FL) überzeugt. Sie lässt Bühler-Nigschs Argument bezüglich den Personalressourcen nicht gelten: «Die gewon-

nen Erkenntnisse können in die Klimastrategie 2030 einfließen.»

Allgemeine Zustimmung mit Verbesserungspotenzial

Die Postulanten hatten den Vorstoss auf Staatsbetriebe und den Themenbereich Energie eingegrenzt. Dies kreierte ihnen zum Teil Befürworter und Gegner an. Für Günter Vogt (VU) wären auch die Gebäude der staatsnahen Betrieben, aber auch die vom Staat gemieteten Gebäude miteinbeziehen. Ansonsten begrüsst er das Postulat. «Der Staat nimmt seine Vorbildfunktion noch zu wenig wahr», so Vogt. Ebenso teilte Haldner Schierscher die Meinung, den Fokus auch auf staatsnahe Betriebe zu legen.

Bühler-Nigsch sagt, dass sie eine wesentlich stärkere Hebelwirkung bei nicht öffentlichen als bei staatlichen Bauten sehe. «Für Dachanlagen kann man hier sämtliche Gebäudearten auflisten. Für Fassadenanlagen sehe ich sehr viel Potenzial bei Industrie- und Gewerbebauten», so die Abgeordnete. Vogt pflichtet ihr bei: «Hier wäre meines Erachtens auch das Ressort Wirtschaft und Umwelt gefragt, um auch Private mit ins Boot zu holen.»

Damian Becker

Postulat schießt am Ziel vorbei

Die Reduktion der Klassengrösse in liechtensteinischen Schulen wurde von den Abgeordneten kritisiert. Es gebe bessere Alternativen.

Im Landtag stand gestern das Postulat zur Klassengrösse in den liechtensteinischen Schulen von zehn Abgeordneten der FBP-Fraktion zur Diskussion. Im Zuge der Sanierung des Staatshaushalts wurden 2013 die Klassengrössen in den Schulen erhöht – dies aus rein politischen Überlegungen, wie FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry gestern betonte. Da der Staatshaushalt wieder im Lot ist, möchte die Partei die Grösse der Schulklassen wieder reduzieren. Die Postulanten sind der Ansicht, dass kleinere Schulklassen für eine höhere Unterrichtsqualität und damit für bessere Lernerfolge stehen. Gleichzeitig soll sich das Bildungssystem von starren Vorgaben der Klassengrössen lösen und die Schulleitungen sollen mehr Handlungsspielraum erhalten.

Das Postulat wurde allerdings kritisch beäugt. Die Votanten störten sich etwa daran, dass der Fokus allein auf der Reduktion der Klassengrösse liegt, wobei weitere Faktoren ebenso entscheidend für den Lernerfolg sein könnten. Dennoch wurde es mit 16 Jastimmen an die Regierung überwiesen.

Ein falsches Signal an die Öffentlichkeit

«Leider lässt der Auftrag der Postulanten an die Regierung keinen Handlungsspielraum of-

fen: Es muss eine Reduktion der Klassengrösse erfolgen, obwohl das Betreuungsverhältnis eine zielgenaue Option darstellt», kritisierte etwa Mario Wohlwend (VU). Denn jede voreilige Entscheidung für eine Sache sei eine gegen ihre vielen Alternativen. «Aus meiner Sicht überschätzen die Postulanten ihre Prognosefähigkeit im Bildungswesen. Dadurch haben sie bereits eine Entscheidung getroffen, wo eigentlich noch mehr Informationen gesammelt und analysiert werden müssten», betonte Wohlwend.

Georg Kaufmann von der Freien Liste teilte diese Meinung und sprach ausserdem davon, dass die Fokussierung auf die Klassengrössen ein falsches Signal an die Öffentlichkeit senden würde: «Damit misst man einem Faktor eine zentrale Bedeutung bei, während alle anderen Massnahmen in ihrer Wichtigkeit geschmälert werden.» Daher sei die Diskussion um fixe Klassengrössen alles andere als zielführend. Demgegenüber begrüsst die FL-Abgeordnete zumindest den Vorschlag, den Schulleitungen mehr Flexibilität zur Freigabe von Mitteln zu gewähren.

Dem Landtag stehen viele Stellhebel zur Verfügung

Die Votanten waren sich letztlich einig, dass einer der wichtigsten Faktoren die Lehrperso-

nen selbst sind. Dies stellte FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry auch nicht in Abrede. Allerdings argumentierte er, dass die Abgeordneten auf die Lehrpersonen keinen Einfluss hätten, weshalb das Postulat alternativ einen guten Hebel für den Landtag darstelle. Bildungsministerin Dominique Hasler sah dies allerdings ein wenig anders. Ihrer Ansicht nach hat der Landtag durchaus viele Stellhebel, um die Qualität der Schulen zu verbessern. «Das vor allem im Rahmen seiner Finanzkompetenz, was der Landtag in der Vergangenheit schon oft unter Beweis gestellt hat.» Ausserdem erachtet es Hasler als zielführend, nicht an den Klassengrössen, sondern am Betreuungsaufwand pro Kopf zu schrauben.

Des Weiteren hätten die Schulleitungen heute schon einen hohen Flexibilitätsgrad, was die Zuweisung zusätzlicher Förderangebote anbelangt. Darin sieht die Bildungsministerin nebst den Lehrpersonen und ihrer Beziehung zu den Schülern eine der Schlüsselgrössen, um die Unterrichtsqualität zu verbessern. «Das Ziel des Postulats ist hingegen, numerisch eine neue Regelung für die Klassengrössen zu schaffen. Dabei ist die Problematik wesentlich komplexer.»

Julia Kaufmann